

Kommunale Wärmeplanung

Bürger von Beginn an beteiligen

Die Bevölkerung in Deutschland ist mit der Mitwirkung bei der kommunalen Wärmeplanung unzufrieden. Zu diesem Ergebnis kommt der Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport 2025. Er belegt die zwingende Notwendigkeit einer frühzeitigen Information und Beteiligung der Bürger.

Bund und Länder haben ein Sondervermögen für Infrastruktur in Höhe von 500 Mrd. € beschlossen. Davon sollen 100 Mrd. € in den Klimaschutz fließen. Die Mittel werden dringend benötigt. Beispiel Wärmewende: Nach einem Gutachten der Prognos AG belaufen sich allein die Investitionen für den Auf- und Umbau der Fernwärme, die das Rückgrat der Wärmewende bilden soll, bis zum Jahr 2030 auf 43,5 Mrd. € ([1], Seite 2).

Ziel der Wärmewende ist es, dass Deutschland bis 2045 klimaneutral heizt. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Im Jahr 2024 lag der Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmesektor nach Angaben des Umweltbundesamtes bei lediglich 18,1 % [2].

Seit 2024 gelten gesetzliche Neuregelungen, mit denen die Wärmewende umgesetzt werden soll. Alle Kommunen in Deutschland sind aufgefordert, eine entsprechende Wärmeplanung zu erstellen. In Kommunen mit mehr als 100 000 Einwohnern muss diese bis zum 30. Juni 2026, in Kommunen mit weniger als 100 000 Einwohnern bis zum 30. Juni 2028 vorliegen.

Halbherzige Öffentlichkeitsbeteiligung

Laut einer Umfrage des dena Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende (KWW) haben 47 % der Kommunen mit der Vorbereitung der kommunalen Wärmeplanung, 29 % mit der Durchführung und 6 % mit der Umsetzung begonnen. Bemerkenswert ist der Umgang mit der Öffentlichkeit: 22 % der Kommunen geben an, diese in der Vorbereitungsphase, 39 % in der Durchführungsphase und 55 % in der Umsetzungsphase beteiligen zu wollen ([3], Seite 17 und Seite 49).

Wenn der Schein nicht trügt, begehen die Verantwortlichen vor Ort bei der Öffentlichkeitsbeteiligung für die kommunale Wärmeplanung dieselben Fehler wie bei vielen anderen Energieinfra-

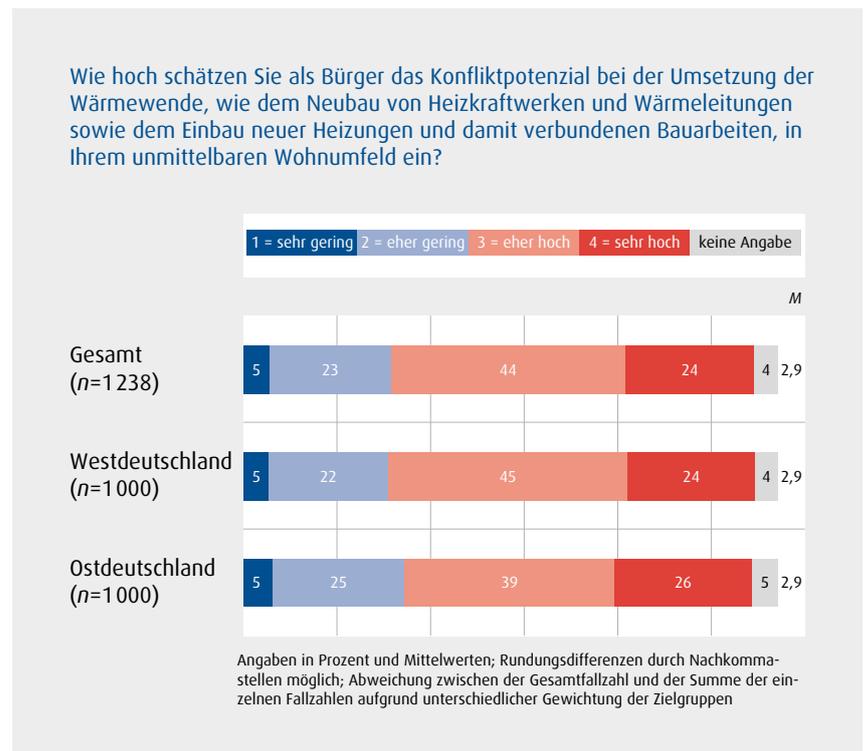


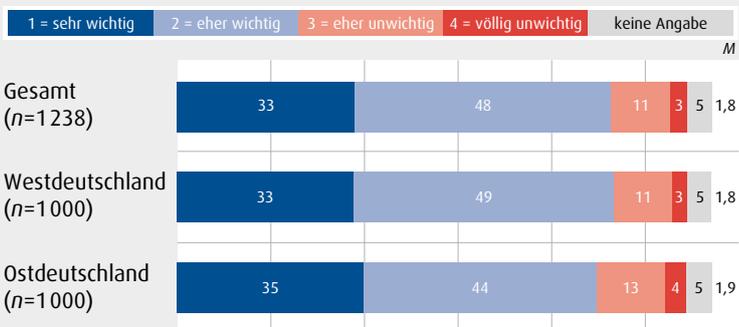
Bild 1. Sieben von zehn Bürgern schätzen das Konfliktpotenzial bei der Umsetzung der Wärmewende als hoch ein.

strukturprojekten. Sie erfolgt halbherzig und zu spät, obwohl lokal alle Bürger vom Vorhaben betroffen sind. Dies ist angesichts sich verhärtender Fronten über das Für und Wider der Energiewende in der Gesellschaft grob fahrlässig. Die Gruppe, die entsprechende Maßnahmen zum Klimaschutz grundsätzlich ablehnt, wird ebenso größer wie diejenige Gruppe, die Maßnahmen durch Blockaden vorsätzlich verzögert und so verteuert und im schlimmsten Fall verhindert. Auch die Wärmewende ist davon nicht ausgenommen. Der »Kulturkampf« um das Gebäudeenergiegesetz ist allen noch in wacher Erinnerung ([4] Seite 38).

Grundlagen für ein zeitgemäßes Akzeptanzmanagement

Bei der Akzeptanz für Energieinfrastrukturprojekte ist grundsätzlich zwischen einer soziopolitischen und lokalen Akzeptanz zu unterscheiden. Erstgenannte bezieht sich auf die allgemeinen Ziele der Energiewende, Zweitgenannte auf die Prozesse und Verfahren vor Ort sowie die Abwägung der unmittelbaren Betroffenheit. Für die lokale Akzeptanz ist vor allem die Distanz eines Vorhabens zum eigenen Wohnort ausschlaggebend. Je geringer die Distanz, desto geringer ist in der Regel auch die Ak-

Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger bei der Umsetzung der Wärmewende, wie zum Beispiel der Mitwirkung an der kommunalen Wärmeplanung, in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld?



Angaben in Prozent und Mittelwerten; Rundungsdifferenzen durch Nachkommastellen möglich; Abweichung zwischen der Gesamtfallzahl und der Summe der einzelnen Fallzahlen aufgrund unterschiedlicher Gewichtung der Zielgruppen

Bild 2. Vier von Fünf Bürgern sind Beteiligungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Wärmewende wichtig.

zeptanz ([4], Seite 38 und Seite 41). Dies stellt das Akzeptanzmanagement für die kommunale Wärmeplanung vor besondere Herausforderungen.

Ein demokratisch und konsensual angelegtes Akzeptanzmanagement für Infrastrukturprojekte wie die kommunale Wärmeplanung verlangt einen Zeiten-

wechsel. Die Öffentlichkeit, sprich die Bürger, sind von Beginn an zu beteiligen. Notwendig ist außerdem ein Methodenwechsel. Die Vorhabenträger dürfen den Bürgern keine fertigen Lösungen präsentieren. Erforderlich ist ferner ein Perspektivwechsel. Die Bürger sind nicht als Bremser, sondern als Schrittmacher zu betrachten.

Die Ergebnisse des Steinbeis Bürgerbeteiligungsreports 2025 ([5], Seite 10 bis 26) bestätigen das zwingende Erfordernis eines so verstandenen Akzeptanzmanagements für die kommunale Wärmeplanung. In diesem hat IKOME | Steinbeis Mediation in einer repräsentativen Umfrage die Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zur Beteiligung bei der

Was kann aus Ihrer Sicht eine Bürgerbeteiligung bei der Umsetzung der Wärmewende in Ihrem unmittelbaren Wohnumfeld bewirken? (Mehrfachnennung)



Angaben in Prozent; Abweichung zwischen der Gesamtfallzahl und der Summe der einzelnen Fallzahlen aufgrund unterschiedlicher Gewichtung der Zielgruppen

Bild 3. Bürgerbeteiligung kann Konflikten bei der Wärmewende vorbeugen und die Akzeptanz erhöhen.



Praxis-Workshop

Power Quality in Energienetzen sowie in der Industrie richtig messen und auswerten

15.10.2025 • 10:00 Uhr - 17:00 Uhr



max. 15 Teilnehmer

Wir zeigen Ihnen, wie Sie die Qualität der Stromversorgung in Ihrem Betrieb sicherstellen und optimieren können!

Themenüberblick:

- Wie gehe ich eine Power Quality-Messung an?
- An praktischen Beispielen erfahren Sie, wie Sie ein Messkonzept für Oberschwingungen und anderen Netzverschmutzungen erarbeiten und welche Inhalte hierfür besonders wichtig sind.
- Mit einer aufgezeichneten Messung analysieren wir gemeinsam mögliche Netz-Probleme und deren Auswirkung.
- Wir vermitteln, wie Messergebnisse als Einzelbericht oder kontinuierliche Messung zielführend und empfängergerecht dokumentiert werden.
- Abschließend diskutieren wir Lösungszszenarien.

Weitere Informationen und Teilnahmebedingungen finden Sie hier oder unter pqplus.automatisierungstreff.com



Wärmewende in den Kommunen ermittelt. Befragt wurden 2 000 Bürger.

Ausgewählte Ergebnisse der Befragung

Hohes Konfliktpotenzial

Die Wärmewende ist für die Bürger eine Großbaustelle (Bild 1). So schätzten 68 % das Konfliktpotenzial bei der Umsetzung in ihrem Wohnumfeld als eher hoch oder sehr hoch ein. Das größte Konfliktpotenzial besteht nach Ansicht der Bürger in der eigenen finanziellen Belastung, die bei 59 % Befürchtungen auslöst. Das zweitgrößte Konfliktpotenzial schlummert nach Auffassung der Bürger in den ausufernden Kosten für die Allgemeinheit, die 48 % umtreiben.

Die Aufklärung über die Wärmewende ist aus Sicht der Bürger absolut ungenügend. Insgesamt 72 % fühlen sich über die Planungen der Wärmewende in ihrem Wohnumfeld eher schlecht oder sehr schlecht informiert. Die Maßnahmen ihrer Kommune zur Umsetzung der Wärmewende sind 58 % nicht bekannt.

Forderung nach frühzeitiger Beteiligung

Die Bürger pochen deshalb vehement auf eine Beteiligung. Insgesamt 81 % sind Beteiligungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der Wärmewende in ihrem Wohnumfeld eher wichtig oder sehr wichtig. 48 % möchten bereits vor Beginn der Planung eingebunden werden. 30 % haben grundsätzlich ein persönliches Interesse, an einem Beteiligungsprozess mitzuwirken, 35 %, sobald sie direkt betroffen sind. Frühzeitige Informationen über den Ablauf und die Transparenz der Entscheidungsprozesse sind aus Sicht der Bürger für den Erfolg der Bürgerbeteiligung besonders ausschlaggebend.

Die Bürger versprechen sich von einer Beteiligung bei der Umsetzung der Wärmewende in ihrem Wohnumfeld sehr viel (Bild 3). Für 50 % kann eine Beteiligung bewirken, Konflikte zu vermeiden und die Akzeptanz zu erhöhen sowie Kosten zu reduzieren, für 49 %, das Verständnis für die Planung zu verbessern.

In der Pflicht sehen die Bürger die Kommunen, die für 47 % verantwortlich für ihre Beteiligung bei der Umsetzung der Wärmewende in ihrem Wohnumfeld sind.

Der Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport belegt das Unbehagen und die Unzufriedenheit der Bürger über die bisherige Mitwirkung bei der kommunalen

Wärmeplanung. Um zu vermeiden, dass Konflikte eskalieren, sollten die Verantwortlichen ihren Umgang mit der Bevölkerung überdenken und ihre Bedürfnisse stärker beachten.

- Die Bürger wollen nicht übergangen werden.
- Die Bürger wollen frühzeitig und transparent über die Vorbereitung, Durchführung und Umsetzung und die damit einhergehenden Planungs- und Entscheidungsprozesse informiert werden.
- Die Bürger wollen besser über die eigene finanzielle Belastung und die Kosten für die Allgemeinheit unterrichtet werden.
- Die Bürger wollen umfassend über ihre Beteiligungsmöglichkeiten aufgeklärt werden.
- Die Bürger wollen rechtzeitig, das heißt bereits vor Beginn der Planung, eingebunden werden.

Noch ist es für die Vorhabenträger nicht zu spät, entsprechend zu handeln. Sie sind wohl beraten, die Bürger zu beteiligen. Ansonsten sind Proteste vorprogrammiert, die die kommunale Wärmeplanung empfindlich stören können.

Literatur

- [1] Prognos AG: Perspektive der Fernwärme – Aus- und Umbau städtischer Fernwärme als Beitrag einer sozial-ökologischen Wärmepolitik. Berlin, 2024.
- [2] Umweltbundesamt: Erneuerbare Energien in Zahlen. www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#uberblick.
- [3] dena Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende: KWW-Kommunenbefragung 2024 zur Kommunalen Wärmeplanung (KWP). Halle (Saale), 2024.
- [4] Diermeier, M.; Mertens, A.: Gebraucht, aber gehasst. Infrastrukturen der industriellen Transformation. APuZ 10-11 (2025), Seite 37-43.
- [5] IKOME | Steinbeis Mediation: Steinbeis Bürgerbeteiligungsreport 2025 Wärmewende. Langzeitstudie zu Einstellungen der Bevölkerung zur Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten in Deutschland. Leipzig, 2025.



Prof. Dr. **Gernot Barth**,
Leiter IKOME | Steinbeis
Mediation, Professor für
Konfliktmanagement und
Mediation an der Steinbeis-
Hochschule, Präsident der
Deutschen Gesellschaft für
Mediation e. V.

>> gernot.barth@steinbeis-mediation.com

>> www.steinbeis-mediation.com